Arbeit & Soziales
auf einer Seite

28. Oktober 2026

HDE Handelsverband Deutschland

Rentenversicherung reformieren – Minijobs erhalten

Hintergrund

- Angesichts der schwierigen finanziellen Lage der Rentenversicherung, die sich durch den demografischen Wandel verschärfen wird, bedarf es zügig einer tiefgreifenden Strukturreform, um einen Kollaps des Systems zu verhindern.

Aktuelle Lage

- Der Einzelhandel bekommt die aktuelle Wirtschaftskrise inzwischen deutlich zu spüren. Allein in den letzten zwölf Monaten hat die Branche rund 4.000 Arbeitsplätze pro Monat verloren. Die Gesamtbeschäftigung im Einzelhandel liegt weiter bei mehr als drei Millionen und ist damit nach wie vor auf einem im Branchenvergleich hohen Niveau, die Tendenz ist aber rückläufig. Ursache dafür sind insbesondere die immer höheren Kosten für den Faktor Arbeit.
- Die Alterssicherungskommission (ASK) hat am 23.06.2026 ihren Abschlussbericht zur Reform des Rentensystems vorgestellt, der Bericht enthält 33 Empfehlungen. Nach dem Koalitionsausschuss am 1. Juli 2026 hatte die Regierung noch angekündigt, die Empfehlungen „in Gänze“ in einem Gesetzespaket bis Ende 2026 umzusetzen.
- Beim Arbeitgebertag 2026 hat der Bundeskanzler zuletzt angekündigt, dass es noch in diesem Jahr zu einem Kabinettsbeschluss kommen soll, das Gesetzgebungsverfahren könne im 1. Quartal 2027 abgeschlossen werden.
- Nach den Landtagswahlen in Berlin sowie in Mecklenburg-Vorpommern im September wurde medial abermals die geplante Abschaffung der „Rente mit 63“ öffentlich diskutiert. Bis heute ist diese Diskussion weiter in vollem Gange.

HDE-Position

- Grundsätzlich begrüßt der HDE die Reformprozesse in den Zweigen der Sozialversicherung. Punktuelle Korrekturen müssen jedoch möglich bleiben, weil die Reformen weder Arbeitsplätze noch Wettbewerbsfähigkeit riskieren dürfen und daher weitere Kostensteigerungen abgewendet werden müssen. Der HDE fordert daher den Gesamtsozialversicherungsbeitrag zu stabilisieren und zügig auf eine **40 Prozent-Obergrenze** zurückzuführen.
- Die von der ASK empfohlene Überführung der **Minijobs** in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (Ausnahme: Schüler) ist falsch. Wir lehnen diese faktische Abschaffung der Minijobs mit Blick auf deren essenzielle operative Bedeutung für die Branche entschieden ab. Der HDE hatte im Rahmen einer selbst initiierten Verbändeinitiative scharfe Kritik an diesen Vorhaben geäußert (vgl. dazu Verbändebrief vom 9. Juli 2026, Link). Bayerns Ministerpräsident Markus Söder erklärte kurze Zeit später medienwirksam, dass die „Minijobs bleiben“.
- Die von der ASK empfohlene **gesetzliche Kapitalrente** würde bei Erreichen ihres vollen Umfangs von 2 % in 2031 die Beitragsbelastung in der RV von heute 18,6 % auf rund 22 % steigern. Der Gesamtsozialversicherungsbeitrag würde dann bei mind. 46 % liegen! Diese Beitragssteigerungen zur gesetzlichen Kapitalrente müssen deshalb auf bestehende tarifliche oder betriebliche Regelungen zur arbeitgeberfinanzierten Altersvorsorge anrechenbar gemacht werden, damit Arbeitgeber, die diese Leistungen gewähren, nicht noch zusätzlich belastet werden.
- Die ASK-Empfehlungen, die Altersgrenzen für die Inanspruchnahme von **Altersteilzeit** von derzeit 55 auf 58 Jahre anzuheben und künftig an die Regelaltersgrenze zu koppeln sowie die Abschaffung des Blockmodells, verkennen die wichtige Rolle der Altersteilzeit in Restrukturierungsprozessen, noch dazu in der Krise. Das Blockmodell muss erhalten bleiben, außerdem braucht es **großzügige Übergangsfristen**. Nur so können Unternehmen aktuelle Umstrukturierungen oder solche, die bereits mit dem Betriebsrat verhandelt wurden und in denen Altersteilzeit ein wichtiger Eckpfeiler für einen sozialverträglichen Personalabbau ist, noch planmäßig durchführen.
- Eine **Pflichtversicherung für Selbstständige** in der gesetzlichen Rentenversicherung lehnen wir ab, um Selbstständige mit den Beiträgen nicht unnötig zu überfordern. Allenfalls eine Altersvorsorgepflicht wäre denkbar.
- Es ist richtig, die **Regelaltersgrenze** schrittweise weiter anzuheben, jedoch nicht wie empfohlen so moderat, dass diese sich erst innerhalb von zehn Jahren um ein halbes Jahr erhöht. Das wirkt insgesamt zu wenig ambitioniert.
- Die **Abschaffung der abschlagsfreien Rente für besonders langjährig Versicherte („Rente mit 63“)** ist wichtig, und bringt eine Entlastung um 10 Milliarden Euro pro Jahr. Es sollte zudem keine neue vorzeitige abschlagsfreie Altersrente für Menschen in rentennahen Jahrgängen eingeführt werden, die nach einer Gesundheitsprüfung möglich sein soll, wenn eine Erwerbstätigkeit im ausgeübten Berufsfeld nachweislich nicht mehr möglich ist.

Handelsverband Deutschland – HDE e. V. **www.einzelhandel.de**
Haarke/Hellermann | Bereich Arbeit, Bildung, Sozial- und Tarifpolitik| E-Mail: haarke@hde.de/hellermann@hde.de
Am Weidendamm 1 A, 10117 Berlin | Telefon: 030 / 72 62 50- 40/-45 | Fax: 030 / 72 62 50-49